

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 06 | 09.02.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 4/2024](#)

Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land **Wien** gem Art 15a B-VG über die Verwaltungsüberprüfung des Projekts "INTERACT Office Vienna 2021-2027" durch das Land Wien als Kontrollinstanz gem Art 46 Abs 3 der **Interreg-Verordnung** (effiziente und ordnungsgemäße Programm- und Finanzverwaltung)

[BGBl II 35/2024 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres betreffend den Frauenförderungsplan des Bundesministeriums für Inneres (**Frauenförderungsplan** – BMI)

[BGBl II 36/2024 \(Anlage 1.7; Anlage 1.10; Anlage 2.3\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Verordnung über das Ausmaß der **Lehrverpflichtung** an **Höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten** geändert wird

[BGBl II 37/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport über das Statut für das **Österreichische Ehrenzeichen** für Wissenschaft und Kunst und das **Österreichische Ehrenkreuz** für Wissenschaft und Kunst

[BGBl II 38/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten über die Festsetzung von Hundertsätzen für die Bemessung von **Kaufkraftausgleichszulagen** für im Ausland verwendete **Beamte** und Vertragsbedienstete des Bundes

[BGBl III 19/2024](#)

Änderung der Artikel des **Abkommens** der Internationalen Bank für **Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung**, angenommen vom Gouverneursrat am 30. Jänner 2009 mit EntschlieÙung Nr 596

[BGBl III 29/2024 \(Anlage 1\) \(Anlage 2\) \(Anlage 3\) \(Anlage 4\) \(Anlage 5\) \(Anlage 6\) \(Anlage 7\) \(Anlage 8\) \(Anlage 9\)](#)

Inkraftsetzung deutscher Rechtsvorschriften in den **Gemeinden Mittelberg** und **Jungholz**

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.11.2023, [V 252/2022 ua](#)

StVO; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung einer (**Geschwindigkeitsbegrenzungs-**)**Verordnung**; Zuständigkeit der Bezirkshauptmannschaft Hallein zur Festlegung eines die Gemeindegrenzen überschreitenden **Ortsgebiets** betreffend die Gemeinde Bad Vigaun und die Stadtgemeinde Hallein; keine Gesetzwidrigkeit der straßenpolizeilichen Verordnung der Bezirkshauptmannschaft wegen Verstoß gegen den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde

01.12.2023, [E 771/2023](#)

Nö BauO; Verletzung im Recht auf **Entscheidung innerhalb einer angemessenen Frist** durch die ungewöhnlich lange Dauer des Verfahrens hinsichtlich der Abweisung eines (Nachbar-)Antrags auf Erlassung eines Abbruchauftrags; keine Rechtfertigung der überlangen Verfahrensdauer

13.12.2023, [G 212/2023 ua](#)

DSGVO; Abweisung von Gerichtsanträgen auf Aufhebung von Bestimmungen des DSG betreffend die Zuständigkeit der DSB für die **Verarbeitung personenbezogener Daten** durch die **StA**; kein Verstoß gegen den Trennungsgrundsatz; vollständige inhaltliche Bindung des nationalen Gesetzgebers an das Unionsrecht, das eine **Doppelgleisigkeit des Rechtsschutzes** bei der DSB und bei den ordentlichen Gerichten verlangt; kein Umsetzungsspielraum des Gesetzgebers, Datenverarbeitungen der StA – die auf Grund ihrer Weisungsgebundenheit keine unabhängigen Justizbehörden sind – von der Zuständigkeit einer Aufsichtsbehörde auszunehmen; Zuordnung einer eigens für die StA einzurichtenden unabhängigen Aufsichtsbehörde zur Staatsfunktion der Verwaltung mangels entsprechender Verfassungsbestimmung; keine Gesamtänderung der Bundesverfassung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.12.2023, [Ra 2023/03/0195](#)

Stmk JagdG, WaffenG; bei der **Einziehung der Jagdkarte** nach § 42 Stmk JagdG kommt es nicht auf die (waffenrechtliche) „Verlässlichkeit“ eines Jägers an, sondern darauf, ob entweder die Gefahr des unvorsichtigen Führens einer Waffe besteht oder die öffentliche Sicherheit gefährdet ist; im waffenrechtlichen Verfahren ist Behörde nicht zwingend an ein psychologisches Gutachten gebunden und kann trotz positiven Attests die betroffene Person als unverlässlich erachten; umgekehrt führt das Vorliegen eines **Waffenverbots** nicht zwingend zur Einziehung einer Jagdkarte; vielmehr sind jeweils für sich die unterschiedlichen Tatbestände zu prüfen; das Stmk JagdG knüpft bei der Einziehung nicht an die Verhängung eines Waffenverbots an;

11.01.2024, [Ra 2023/02/0208](#)

VwGVG, KraftfahrG; den Poststempel am Briefkuvert vom 31.01.2023 hat das VwG bei der Beurteilung der Frage der **Rechtzeitigkeit** der Beschwerde gänzlich unberücksichtigt gelassen und im Hinblick auf die Frage, wann die mit 16.12.2022 datierte Beschwerde des Mitbeteiligten der Post zur Weiterbeförderung übergeben wurde, lediglich auf die der Beschwerde beigelegten Ausdrücke („Journaldetail vom 27.01.2023“ und „Nachschau für Briefsendungen“) verwiesen, wonach eine Sendungsannahme am 16.02.2022 durch die genannte Postfiliale erfolgt sei; eine Auseinandersetzung mit diesen beiden **divergierenden Zeitpunkten** sowie eine nähere Begründung, weshalb von dem in den beigelegten Schriftstücken angeführten Übergabezeitpunkt auszugehen und nicht dem Poststempel zu folgen sei, blieb das VwG schuldig

11.01.2024, [Ra 2023/02/0214](#)

StVO, VwGVG, EMRK; das VwG hat gemäß § 44 Abs 1 VwGVG in Verwaltungsstrafsachen grundsätzlich eine öffentliche **mündliche Verhandlung** durchzuführen; da das VwG die Beschwerde mit einem Erkenntnis erledigt hat, kommt ein Absehen nach dem vom VwG herangezogenen § 44 Abs 4 leg cit nicht in Betracht; ein ausdrücklicher Verzicht auf die Durchführung einer Verhandlung; das VwG wäre daher verpflichtet gewesen, die beantragte öffentliche mündliche Verhandlung durchzuführen und belastete durch das unbegründete Absehen von der Verhandlung das angefochtene Erkenntnis mit Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften; dieser **Verfahrensmangel** war im Hinblick auf Art 6 EMRK jedenfalls wesentlich

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 20.12.2023, [W194 2247418-1](#)

Audiovisuelle Mediendienste-G; TelekommunikationsG; es ist nicht zu beanstanden, dass die belangte Behörde mit dem angefochtenen Bescheid feststellte, dass die Bf einerseits die Tätigkeit eines **Programmagggregators** iSv § 9 Abs 5 iVm § 2 Z 28 Audiovisuelle Mediendienste-G ausübt, soweit sie als **Teilangebot Rundfunkprogramme** und **Zusatzdienste** zur Verbreitung oder Weiterverarbeitung über Satellit zu einem Programmpaket zusammenfasst und dieses an Endkunden vertreibt; sowie andererseits, soweit die Bf darüber hinaus weitere Teilangebote gebündelt anbietet, nicht die Tätigkeit eines Programmagggregators ausübt, wenn diese Teilangebote nicht darin bestehen

BVwG 09.01.2024, [W157 2255930-1](#)

KommAustria-G; Privatradiog; TelekommunikationsG; das Ziel der Förderung privaten Rundfunks wurde bereits durch die Zuordnung von Übertragungskapazitäten für die Versorgung eines Gebiets realisiert; die Ablehnung der belangten Behörde, **unterschiedliche Wellenarten** innerhalb des **Versorgungsgebiets** zu vermischen, steht diesem Ziel nicht entgegen; daran ändert auch das Bestehen von Versorgungslücken nichts

LVwG Nö 15.01.2024, [LVwG-S-2829/001-2023](#)

KrafffahrG; GüterbeförderungsG; bei der Beurteilung, ob eine Bestellung gem § 9 Abs 2 VStG als wirksam anzusehen ist, hat dahingestellt zu bleiben, ob schon die Deliktsschwere im Anlassfall allein bei einer natürlichen Person als Gewerbeberechtigtem geeignet wäre, ein Verfahren zur **Entziehung der Gewerbeberechtigung** nach sich zu ziehen; vielmehr ist abstrakt ex ante zu prüfen, ob die Bestellung die Verantwortung für Delikte einer dazu ausreichenden Deliktsschwere mitumfasst; § 5 Abs 1 GüterbeförderungsG stellt ausdrücklich nur auf die Zuverlässigkeit des Gewerbetreibenden ab, dem im Fall einer juristischen Person die Unzuverlässigkeit ihrer Organe nicht zugerechnet wird

LVwG Nö 31.01.2024, [LVwG-AV-2065/001-2021](#)

AbfallwirtschaftsG; wurden rechtskräftige **Behandlungsaufträge** nach **§ 73 Abs 1 AbfallwirtschaftsG** gegenüber den primär verpflichteten Gesellschaften erteilt, und wurden diese dann in Folge Konkurseröffnung aufgelöst, begegnet es angesichts der Löschung der nach § 73 leg cit verpflichteten GmbH aus dem Firmenbuch wegen Vermögenslosigkeit keinen Bedenken davon auszugehen, die Voraussetzungen für den Eintritt der subsidiären Liegenschaftseigentümerhaftung seien gegeben; die **Rechtsnachfolgerin** des Liegenschaftseigentümers iSd § 74 Abs 2 leg cit **haftet** dann, wenn sie von der Lagerung oder Ablagerung Kenntnis hatte oder bei gehöriger Aufmerksamkeit Kenntnis haben musste; für die Verantwortung des Rechtsnachfolgers genügt bereits fahrlässige Unkenntnis im Zeitpunkt des Erwerbs der Liegenschaft

LVwG Oö 18.12.2023, [LVwG-753059](#)

VersammlungsG; wenn die **Versammlungsbehörde** gut eineinhalb Monate Zeit hat, um die Durchführung der Versammlung in verkehrstechnischer Hinsicht zu planen, ist sie somit in die Lage versetzt, entstehende **Verkehrsbehinderungen** im Vorfeld der Versammlung durch geeignete Maßnahmen auf ein noch erträgliches Maß zu **beschränken**

LVwG Tir 10.01.2024, [LVwG-2023/44/2556-4](#)

AbfallwirtschaftsG; die Beschuldigte hat **Abfälle**, die in einem **privaten Haushalt** angefallen sind, im öffentlichen Raum neben einem Abfallcontainer zurückgelassen; entscheidend ist, ob dieses **Zurücklassen „achtlos“** iSd § 79 Abs 5a AbfallwirtschaftsG

erfolgt ist; einzelfallbezogen geht das LVwG davon aus, dass dies vorliegt und anstelle des § 79 Abs 2 Z 1 leg cit die Strafsanktionsnorm des § 79 Abs 5a leg cit heranzuziehen ist; ein gänzlich absehendes Absehen von der Verhängung einer Strafe iSd § 45 Abs 1 Z 4 VStG kommt nicht in Betracht

LVwG Tir 17.01.2024, [LVwG-2023/26/2820-1](#)

AbfallwirtschaftsG; mit Blick auf die gegebene „**Scheinkonkurrenz**“ der zwei von der belangten Strafbehörde angewandten Verwaltungsstraftatbestände kann eine Bestrafung nur nach der spezielleren Verbotsnorm des AbfallwirtschaftsG erfolgen; die Erteilung einer Ermahnung nach § 45 Abs 1 letzter Satz VStG ist nicht möglich

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[08.02.2024, Rs C-733/22, *Valentina Heights*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 98 – Befugnis der Mitgliedstaaten, auf bestimmte Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen einen **ermäßigten Mehrwertsteuersatz** anzuwenden – Anhang III Nr 12 – Auf die Beherbergung in Hotels und ähnlichen Einrichtungen anwendbarer ermäßigter Mehrwertsteuersatz – Anwendung dieses Satzes allein auf Beherbergungseinrichtungen, die über eine **Einstufungsbescheinigung** verfügen – **Grundsatz der steuerlichen Neutralität**

[08.02.2024, Rs C-566/22, *Inkreal*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung** von Entscheidungen in **Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Anwendungsbereich – Art 25 – **Gerichtsstandsvereinbarung** – Vertragsparteien mit Wohnsitz in demselben Mitgliedstaat – Vereinbarung der Zuständigkeit der Gerichte eines anderen Mitgliedstaats für Rechtsstreitigkeiten, die aus diesem Vertrag entstehen – **Auslandsbezug**

[08.02.2024, Rs C-256/22 P, *Pilatus Bank/ EZB*](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – **Aufsicht über Kreditinstitute** – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Der Europäischen Zentralbank (EZB) übertragene **besondere Aufsichtsaufgaben** – Entzug der Zulassung – Nichtigkeitsklage – Unzulässigkeit – Vertretung einer Partei – Dem Anwalt erteilte Vollmacht – Nicht ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter

[08.02.2024, Rs C-216/22, *Bundesrepublik Deutschland \(Recevabilité d'une demande ultérieure\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Verfahren für die **Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 Buchst d und Art 40 Abs 2 und 3 – Folgeantrag – **Voraussetzungen** für die **Ablehnung** eines solchen Antrags als **unzulässig** – Wendung ‚neue Umstände oder Erkenntnisse‘ – Urteil des Gerichtshofs zu einer Frage der Auslegung des Unionsrechts – Art 46 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Zuständigkeit des nationalen Gerichts für die Entscheidung über einen solchen Antrag in der Sache im Fall der Rechtswidrigkeit der Entscheidung, einen Antrag als unzulässig abzulehnen – **Verfahrensgarantien** – Art 14 Abs 2

[08.02.2024, Rs C-750/21 P, *Pilatus Bank/ EZB*](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – **Aufsicht über Kreditinstitute** – Personal der Europäischen Zentralbank (EZB) – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Art 6 Abs 5 Buchst b – **Beaufsichtigung eines Kreditinstituts** unmittelbar **durch die EZB** – Voraussetzungen – Nichtigkeitsklage – **Unzulässigkeit** – Vertretung einer Partei – Dem Anwalt erteilte Vollmacht – Nicht ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter

SCHLUSSANTRÄGE

[08.02.2024, Rs C-425/22, MOL \(GA Emiliou\)](#)

Ersuchen um Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Zuständigkeit für Verfahren, die eine **unerlaubte Handlung** oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer solchen Handlung zum Gegenstand haben – **Schadensersatzklage** wegen Zuwiderhandlungen gegen das **Wettbewerbsrecht** – Bei Tochtergesellschaften eingetretener Schaden – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist – Sitz der Muttergesellschaft – **Wirtschaftliche Einheit**

[08.02.2024, Rs C-598/22, Società Italiana Imprese Balneari \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – **Öffentliche Aufträge** und **Niederlassungsfreiheit** – Konzessionen für die Nutzung von öffentlichem Grund und Boden am Meer – Ablauf und Erneuerung – Nationale Regelung, die den entschädigungslosen Übergang von auf öffentlichen Liegenschaften errichteten nicht entfernbaren Bauten bei Ablauf der Konzession vorsieht – Andere Merkmale einer solchen Regelung – Begriff der „**Beschränkung**“

[08.02.2024, Rs C-633/22, Real Madrid Club de Fútbol \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen – **Versagungsgründe** – Verstoß gegen die öffentliche Ordnung (ordre public) des Vollstreckungsstaats – **Verurteilung** einer **Zeitung** und eines ihrer **Journalisten** wegen **Schädigung des Rufs** eines Sportvereins

[08.02.2024, Rs C-35/23, Greislzel \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – **Elterliche Verantwortung** – Internationale gerichtliche Zuständigkeit bei **Kindesentführung** – Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes in einem Mitgliedstaat vor dem widerrechtlichen Verbringen – **Widerrechtliches Verbringen** in einen Mitgliedstaat – **Rückführungsverfahren** aus einem Mitgliedstaat in einen Drittstaat (Schweiz) – Haager Konvention von 1980

[08.02.2024, Rs C-174/23, Twenty First Capital \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Niederlassungsfreiheit – **Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM)** – Richtlinie 2011/61/EU – Bedingungen für die Ausübung der Tätigkeit – Art 13 – Vergütungspolitik und -praxis der AIFM – **Zeitlicher Anwendungsbereich**

B. GERICHT

[07.02.2024, Rs T-501/22, Österreich / Kommission](#)

EGFL und ELER – Von der Finanzierung ausgeschlossene Ausgaben – Von **Österreich getätigte Ausgaben** – Verringerungskoeffizient – Art 24 Abs 6 der Verordnung (EU) Nr 1307/2013 – Art 30 Abs 7 Buchst b der Verordnung Nr 1307/2013 – Art 52 Abs 4 Buchst a der Verordnung (EU) Nr 1306/2013 – **Begründungspflicht**

[07.02.2024, Rs T-318/23, J&B/ EUIPO - Ergün \(J&B BRO\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der **Unionsbildmarke J&B BRO** – Ältere Unionsbildmarken 4BRO – **Relatives Eintragungshindernis** – Verwechslungsgefahr – Zeichenähnlichkeit – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.02.2024, Beschwerde Nr [43082/14](#), *Hamzayan/Armenien*

Verletzung von **Art 9 EMRK** (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); gegen einen **Zeugen Jehovas** verhängte Verwaltungsstrafe wegen eines Gesprächs über die Bibel mit einer dritten Person in deren Wohnung; Fehlen einer klaren und vorhersehbaren Rechtsgrundlage; Eingriff nicht „im Einklang mit dem Gesetz“

06.02.2024, Beschwerde Nr [56440/15](#), *Snijders/Niederlande*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Unmöglichkeit, einen **anonymen Zeugen**, dessen Aussagen als Beweismittel gegen den Bf verwendet wurden, unmittelbar ins **Kreuzverhör** zu nehmen; gute Gründe, die den Schutz der Identität des Zeugen rechtfertigen; Aussagen, wenn auch von nicht unerheblichem Gewicht, nicht alleinige oder entscheidende Grundlage für die Verurteilung des Bf; Schwierigkeiten der Verteidigung im Zusammenhang mit der Anonymität des Zeugen, die durch die von den Justizbehörden angewandten Verfahren hinreichend ausgeglichen werden; Strafverfahren bei einer Gesamtbetrachtung durch die Zulassung von Aussagen als Beweismittel nicht ungerechtfertigt

06.02.2024, Beschwerde Nr [24989/17](#), *Đurić/Serbien*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Verweigerung der Zuerkennung des Status eines **kriegsversehrten Zivilisten** und der damit verbundenen **Leistungen**; rechtliche und tatsächliche Unfähigkeit des Bf, seinen Anspruch ordnungsgemäß prüfen zu lassen; Bf wurde keine angemessene Gelegenheit zur Darlegung seines Falls, auch nicht in einer mündlichen Verhandlung, unter Bedingungen gegeben, die ihn nicht wesentlich benachteiligt hätten

06.02.2024, Beschwerde Nr [80206/17](#), *J.A. und A.A./Türkei*

Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); **Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); **Abschiebung** der Bf und ihrer Kinder nach **Irak** ohne eine erneute ex-nunc-Bewertung ihrer Ansprüche würde einen Verstoß darstellen; von den inländischen Behörden durchgeführte Bewertung der relevanten Fakten und der Risiken, denen sie bei ihrer Rückkehr ausgesetzt sind, entsprach nicht den Anforderungen der Art 2 und 3

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.